



Innenausschuss

14. Sitzung (öffentlich)

7. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: Ergebnisse der Sonderkonferenz der Innenminister am
4. September 2006 zu Fragen der Terrorabwehr

Dem Bericht durch Innenminister Dr. Ingo Wolf schließt sich eine Aussprache an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

- Einzelplan 03

Wortmeldungen ergeben sich nicht. Eine Aussprache soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

3 Der UN-Kinderrechtskonvention in NRW Geltung verschaffen 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1662

Der Ausschuss erörtert das Thema. Ein koordinierendes Gespräch der beteiligten Ausschüsse soll am Rande des Plenums stattfinden.

4 Auslandsmissionen und Polizeihilfeprojekte - Würdigung der hervorragenden Arbeit der nordrhein-westfälischen Polizei im Ausland 7

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1876

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2036

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1876 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2036 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Menschenhandel bekämpfen - Opferrechte weiter ausbauen 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1987

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

6 Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen 11

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/1985 - Neudruck
 Vorlage 14/583

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/1985 (Neudruck) wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion angenommen.

7 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW - StaBefrG NRW) 12

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/1860
 Stellungnahmen 14/517, 14/518, 14/519

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1860 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Flü-AG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG) 12

Gesetzentwurf
 der Landesregierung
 Drucksache 14/2241
 Vorlage 14/536

Eine Aussprache findet zu diesem Tagesordnungspunkt nicht statt. Die kommunalen Spitzenverbände werden Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/246
Innenausschuss		07.09.2006
14. Sitzung (öffentlich)		sl-hoe

Seite

9 Sachstand der Umsetzung der Hafensicherheitsrichtlinie in Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern 13

Der Ausschuss nimmt Berichte des Innenministeriums und des MBV entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

10 Verschiedenes 15

a) Terminplanung 2007

b) Anhörung

Siehe Seite 15 des Diskussionsteils!

7 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW - StaBefrG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Stellungnahmen 14/517, 14/518, 14/519

Das Plenum vom 18. Mai 2006, so **Ausschussvorsitzender Winfried Schittges**, habe den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1860 zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung in den hiesigen Ausschuss überwiesen.

Mit den Stellungnahmen 14/1517, 14/518 und 14/519 hätten die kommunalen Spitzenverbände ihre Meinung zum Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht.

Der federführende Ausschuss habe beschlossen, seine Beratungen am 20. September abzuschließen, und bitte um das Votum des hiesigen Ausschusses.

Horst Engel (FDP) wirbt um Zustimmung zum Gesetzentwurf. Entscheidend sei für ihn § 2 dieses Gesetzentwurfs. Es gehe um ein Anzeigeverfahren, während man sich ansonsten bundesweit solche Befreiungen genehmigen lassen müsse. Die Hürde sei in Nordrhein-Westfalen sehr niedrig gelegt.

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksache 14/1860 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Vorlage 14/536

Ausschussvorsitzender Winfried Schittges macht darauf aufmerksam, das Plenum vom 31. August 2006 habe den Gesetzentwurf der Landesregierung zur federführenden Beratung in den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Nach der Geschäftsordnung des Landtags müssten die kommunalen Spitzenverbände Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen. Er werde ein entsprechendes Schreiben aufsetzen. - Heute solle die erste Beratung des Gesetzentwurfs stattfinden und das wei-

tere Beratungsverfahren festgelegt werden. - Wortmeldungen aus dem **Ausschuss** ergeben sich nicht.

9 Sachstand der Umsetzung der Hafensicherheitsrichtlinie in Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern

Mit Schreiben vom 30. August 2006 habe, legt **Ausschussvorsitzender Winfried Schittges** dar, die SPD-Fraktion um einen Bericht der Landesregierung zum Thema des Tagesordnungspunktes gebeten. Federführend zuständig sei das Ministerium für Bauen und Verkehr.

Für das Innenministerium meldet sich **Ministerialrätin Gisela Primas (Innenministerium)** zu Wort: Zweck der EU-Hafensicherheitsrichtlinie sei es, noch mehr Sicherheit in den Häfen zu gewährleisten. Nordrhein-Westfalen habe die Vorgaben der EU in Gesetzesform zu gießen. Das Innenministerium führe derzeit auf Referentenebene Gespräche mit dem MBV. Es gehe darum, die Vorgaben der EU-Richtlinie umzusetzen.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) präzisiert, seine Fraktion sei am Stand der Erarbeitung interessiert. Von besonderem Interesse sei die Befassung mit der Risikoanalyse sowie der Erstellung von Gefahrenabwehrplänen. Sei im Zusammenhang mit den Gefahrenabwehrplänen eine Privatisierung vorgesehen? Eine Verlagerung in dieser Form würde sich an dem Credo der Landesregierung „Privat vor Staat“ orientieren. Soweit es um Maßnahmen der Terrorabwehr gehe, sei doch eigentlich die öffentliche Gefahrenabwehr gefragt.

Wie gedenke die Landesregierung mit der Sicherheitsüberprüfung derjenigen umzugehen, die in den Hafengeländen arbeiteten? Bisher kenne man ähnliche Szenarien von Flughäfen. Welche praktikablen Sicherheitsüberprüfungen stelle sich die Landesregierung vor? Welche Grundlinie verfolge das Innenministerium bei seiner Sicherheitsarchitektur? Aktiv seien derzeit die Wasserschutzpolizei, die Polizei zur normalen Gefahrenabwehr unterwegs. Ferner zu nennen seien die Hafensicherheitsbehörden und das Ordnungsamt sowie der Hafenkapitän. Wie wolle das Innenministerium das Zusammenspiel so überschaubar wie möglich gestalten, den Koordinierungsaufwand so gering wie möglich halten, die Zuständigkeiten so klar wie machbar formulieren und private nicht mit weiteren Aufgaben zum Schutz der Hafenanlagen belasten?

Staatssekretär Karl Peter Brendel (Innenministerium) betont den konzeptionellen Status des Berichts, die Federführung des MBV sowie die Gespräche zwischen den Ressorts. In einem solchen Stadium würden noch keine weiterführenden Auskünfte erteilt. Das übliche Verfahren werde eingehalten.